

Nebraer Anzeiger

Erste
Mittwoch und Sonnabend.

Abonnementspreis
vierteljährlich 1,80 Mark pränumerando, durch
Boten 1,95 Mark, durch die Post 1,98 Mark,
durch die Briefträger frei ins Haus 2,16 Mark.

für Stadt und Umgegend.

Gratisbeilagen:

Wöchentlich ein illustriertes Sonntagsblatt und vierspäntig eine landwirtschaftliche Beilage.

Ämtliches Veröffentlichungs-Blatt der Behörden in Nebra a. U.

Inserationspreis
für die einpaltige Korpuszeile 20 Pfg., andere
3m Kreise amtliche Anzeigen 20 Pfg., andere
Anzeigen 15 Pfg.
Reklamen pro Zeile 5 Pfg.
Sonderate werden bei Dienstag und Freitag
10 Uhr angenommen.

Nr. 95.

Nebra, Mittwoch, 27. November 1918.

31. Jahrgang.

Demobilisierung.

Überall im Lande merkt man bereits, daß Ordnung in den Gang der Demobilisierung kommt. Der Leiter des Demobilisationsamtes in Berlin, Dr. Koeth, hat in Preußen die Regierungspräsidenten zu Demobilisationskommissaren ernannt, die sich bei einem „Bezirks-Beirat“ zu bilden haben. Als lokale Stellen werden in den Landkreisen und kreisfreien Städten „Demobilisationsauschüsse“ geschaffen. Dieser Organisation haben die Kriegsstellen und Kriegswirtschaftsämter mit ihrem Rat und ihrer Erfahrung zur Seite zu stehen. Die außerpreussischen Landesstellen sind aufgefordert worden, sofort für ihr Staatsgebiet die gleiche Organisation zu schaffen. Daß alle diese Stellen in enger Fühlung und im Einvernehmen mit den Arbeiter- und Soldaten-Räten arbeiten werden, ist selbstverständlich. Die Letzteren sind ihrerseits des A- und S-Rates aufgefordert, sich in wirtschaftlichen Demobilisationsfragen an den Demobilisationskommissar bzw. Demobilisationsauschuss zu halten und nicht selbständig eingzugreifen, da sonst Verwirrung und Unordnung die notwendige Folge sein würden.

Die Aufgaben der Demobilisationskommissare werden darin bestehen, das Wirtschaftsleben auf die Friedenswirtschaft umzustellen, einen Ausgleich der Arbeitskräfte herbeizuführen und die zur Entlassung kommenden Soldaten in Heimat und Arbeit unterzubringen. Hierbei wird die Mitwirkung der Arbeitsnachweise, die im Korpsbezirk in der Zentralauskunftsstelle Sachen Anhalt in Magdeburg, bzw. für Altenburg in Jena vereinigt sind, von großer Bedeutung sein. Die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer können nicht einbringlich genug darauf hingewiesen werden, die Vermittlung der öffentlichen Arbeitsnachweise zu benutzen. — Während die Landwirtschaft, der Bergbau, das Verkehrswesen u. a. m. Arbeitskräfte notwendig gebrauchen, wird in anderen Gewerben nicht genügend Arbeit vorhanden sein. Hier gilt es, die Arbeit durch Verkürzung der Schicht, auch unter den 8 Stunden-Tag, zu strecken, wobei trotzdem für auskömmliche Löhne gesorgt werden muß. Handwerk und stillgelegte Betriebe müssen möglichst bald wieder inand gefügt werden, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Rohstoffwirtschaft wird sich dementsprechend umstellen müssen; nähere Anweisungen werden folgen. Wo keine Arbeitsgelegenheit ist, muß sie durch Notstandsarbeiten geschaffen werden, wozu das Reichselbunterstützungsgesetz führt.

Es ergibt sich aus Vorstehendem, daß die Hauptarbeit bei den örtlichen Demobilisationsauschüssen geleistet werden muß, während von den Demobilisationskommissaren die Anweisungen dazu gegeben werden und die Aufsicht ausgeübt werden muß. Da die Büros bei den Demobilisationskommissaren erst in Bildung begriffen sind, so empfiehlt es sich in der nächsten Zeit nicht, an diese mit Anfragen über Einzelheiten heranzutreten, um die Organisationsarbeit nicht zu stören.

Auch die personale Demobilisierung, die Rückführung der Heeresangehörigen hat durch die veränderten Verhältnisse eine Umänderung erfahren müssen. Das vorgezeichnete Rasterprogramm, durch welches zunächst Leute zur vorzugsweisen Entlassung in die Heimat angefordert werden sollten, mußte fallen gelassen werden, weil technische Schwierigkeiten, die in der schnellen Zurückziehung des Frontheeres aus den besetzten Gebieten ihren Grund haben, vorliegen.

Für die Entlassung der Heeresangehörigen aus dem Besatzungsheer sind zunächst folgende Richtlinien gegeben:

Es werden sofort entlassen, unmittelbar vom Ersatzpunkt alle in nachstehenden Punkten aufgeführten Berufe sowie Besatzungen durch betreffende Leute darüber erbracht sind, daß sie tatsächlich diesen Gruppen angehören. Ausgenommen sind diejenigen, die 1896 bis 1899 geboren sind.

1. Eisenbahner einschließlich Privat und Kleinbahn.
Ausgenommen Leute, die im Dienstbereich des Feldbahnverkehrs und der Inspektion der Eisenbahntypen in der Heimat tätig sind. Diese verbleiben bis auf weiteres in ihrer derzeitigen Tätigkeit.

2. Schiffahrtswesen. Ausgenommen Angehörige des Schiffer-Ersatzbataillons.

3. Öffentlicher Verkehr. (Straßenbahn usw.)

4. Bergbau aller Art, einschließlich Kalkbrüche, Steinbrüche, Sandgruben.

5. Elektrizität-, Gas- und Wasserwerke.

6. Beamte der wirtschaftlichen Organisation der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände (Gewerkschaften und dergleichen) und die Arbeitsnachweisebeamten.

7. Landwirtschaft.

8. Reichs-Staats-Kommunalbeamte.

9. Selbständige Geschäftslente, Gewerbetreibende, Handwerker.

10. Leute, die sich selbst erhalten können, bzw. von ihren Angehörigen erhalten werden.

Vorgebrachte Karten zur namentlichen Anforderung einzelner Arbeitskräfte sind nicht mehr nötig. Solche Anforderungen sind vielmehr, ohne an die Form gebunden zu sein, nicht mehr an die Fronttruppenteile zu richten, sondern an deren Ersatztruppenteile in der Heimat bzw. an die des Besatzungsheeres. Zahlmäßige Anforderungen für Arbeitskräfte sind an die öffentlichen Arbeitsnachweise zu stellen.

Aus den Feldtruppenteilen Leute anzufordern, ist bei dem jetzigen raschen Fortschreiten der Bewegungen vollständig überflüssig.

Im übrigen wird auf die öffentlichen Bekannmachungen über die Entlassung hingewiesen.

Die Heimkehr der Truppen.

Hüffelbork, 25. November.
Die Fronttruppen haben jetzt auch den Niederrhein erreicht. Nachdem in den letzten Tagen große Mägen, Bagagagen, Automobilkolonnen, Sanitätsfahrzeuge, Pferdetransporte und kleinere Abteilungen Fußtruppen von der Elbe den Rhein überschritten hatten, traf heute die Spitze der vierten Armee Sirt von Armin geschlossen und in guter Ordnung hier ein. Die Rheinbrücke und zahlreiche Häuser der Stadt trugen Begrüßungsschiffen und Blumenkranz. Auf allen Straßen sind Flaggen gehißt. Den Heimkehrenden wird ein herzlicher Willkommen von der Bürgerschaft bereitet. Dank den getroffenen Maßregeln vollzieht sich der gemaltige Verkehr der meist um die innere Stadt herumgeleitet wird, ohne Störung. Nur der Betrieb der elektrischen Vorortbahnen über die Rheinbrücke ist zeitweilig eingestellt.

Die deutschen Verluste im Weltkrieg.

Auf Grund zuverlässiger Unterlagen können wir die Verluste Deutschlands bis zum 31. Oktober 1918 genau angeben. Deutschland hat 1.580.000 Tote zu beklagen. Als vermißt werden 260.000 Mann gemeldet, wovon aber ebenfalls ein großer Teil nicht mehr leben wird. Die Zahl der in Feindesband befindlichen deutschen Gefangenen beträgt 490.000 Mann. Verwundet wurden vier Millionen Mann, wobei aber eine wiederholte Zählung in den Fällen vorgekommen sein mag, wo ein Soldat mehrmals verwundet wurde.

Die Verteilung der Aemter.

Berlin, 14. November. Nach dem Beschluß des Rates der Volksbeauftragten sind die Reichsämter wie folgt beauftragt worden: Auswärtiges Amt Dr. Solf, Reichsschatzamt Schiffer, Reichswirtschaftsamt Dr. August Müller, Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisation Dr. Koeth, Kriegsernährungsamt Emanuel Wurm, Reichsarbeitsamt Bauer, Kriegsministerium Scheußel, Reichsmarineamt v. Mann, Reichsjustizamt Dr. Kraus, Reichspostamt Ruedlin.

Ferner gehören den Reichsämtern als Unterstaatssekretäre an: Auswärtiges Dr. Danab, Kriegsernährungsamt Robert Schmitt, Reichsarbeitsamt Giesberts. Als Beigeordnete wurden den Staatssekretären zur Seite gegeben: Auswärtiges Amt Karl Rautsch, Reichsschatzamt Eduard Bernheim, Reichswirtschaftsamt Erdmann (Kain), Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisation Böhmer und Schumann, Reichsarbeitsamt Moske und Voglert, Reichsjustizamt Dr. Oskar Cohn.

Staatssekretär Erzberger wird gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt Friedensverhandlungen einleiten. Wegen der Bezeugung des Reichsamts des Innern schweben noch Verhandlungen.

Vermischtes.

Nebra, 25. November. Ein sonnenheller Blauhimmel stand gestern über der Totenfontaine. Mit großer Liebe waren die Gräber der Toten geschmückt. Doppelt getriibt durch den jähren Zusammenbruch unseres Vaterlandes und all seiner ausichtsreichen Zukunftshoffnungen, brachte der Totensonntag den letzten und vollsten Akkord in Leid und Weh. So viele Familien standen wieder an den Gräbern, älteren und solchen aus jüngster Zeit, mit Trauer im Herzen über den Verlust der teuren Entschlafenen, die unter kühlem Regen ruhen. Und andere, denen das Schicksal es nicht einmal vergönnt, die Stelle zu kennen oder aufsuchen zu dürfen wo ein ihnen nahestehendes Herz zur Ruhe gebettet ward, ließen ihre Gedanken hinausellen weit über die Grenzen unseres Landes hinaus nach Frankreichs verwüsten Gefilden oder Rußlands öden Steppen nach der kalten Wogenflut des Ozeans oder nach des Orients gluthdurchhauchten Sandwüsten. Und von vielen Lippenpaaren wird sich der bittre Schrei ringen: Mühsüß! Ihr darunt sterben? — — — Als Zeichen unaufrichtlichen Dankes für unsere den Heldentod geforderte Nebraer Söhne wurde von den Vertretern des Magistrats und des Kriegervereins Kränze an der Gedenktafel an Kriegedenkmal niedergelegt. Auf der Gedenktafel sind 103 Namen der Gefallenen aufgeschrieben. Wir wollen nicht rechten an diesem Tag, der dem Gedenken der Toten gemeiht sein soll. Wollen die Weibse, die ihre Tritide über die Gräber unserer Helden breitet, nicht durch die Fragen aufhören, die uns, die Lebenden, jetzt durchlören, wenn auch mehr als einer von uns in diesen Tagen den Toten drunten ihre stille Ruhe werden mag. Und wollen veruchen, uns in dem Gedanken aufzurichten, daß ihr Opfer vielleicht doch nicht vergeblich gewesen. Daß aus all dem Chaos, aus all der Flut von ungeklärten Verhältnissen, die gegenwärtig über uns Lebende dahinwogt, vielleicht doch rein und klar eine neue Zukunft für uns alle herortreten mag, unter deren Flaggen wir in rastloser Tätigkeit und vertrauensvollen Zukunftsglauben einer neuen Aufwärtsentwicklung entgegengehen können.

Nebra, 25. November. Gestern hielt der Arbeiterrat eine Sitzung ab, zu der sämtliche Mitglieder erschienen waren. Auch Herr Bürgermeister-Pröschold war auf erfolgte Einladung hin anwesend. Die von der Stadt getroffenen Maßnahmen, zum Empfang unserer heimkehrenden Krieger die Straßen zu schmücken und die Bürger zum Besetzen der Häuser mit den ihnen zur Verfügung stehenden Fahnen aufzufordern, wurden allenthalben gebilligt. Ferner wurde

Nach mehr als 4jähriger Abwesenheit heißen wir unsere heimkehrenden Krieger auf das herzlichste willkommen! Tut desgleichen und gebt auch eurer Dankbarkeit durch reiche Besatzung eurer Häuser äußerlich sichtbaren Ausdruck.
Nebra, den 25. November 1918.

Der Arbeiterrat.

Otto Schlab.

Die Steuer-Neuanten werden hierdurch angefordert, die rückständigen Steuern binnen 3 Tagen zu zahlen, widrigenfalls unverzüglich zur Pfändung geschritten wird.
Nebra, den 25. November 1918.

Die Stadtsteuerkasse.

die Lebensmittel- und Kohlenverjorgung unserer Stadt besprochen und konnten hierüber befriedigende Mitteilungen entgegenommen werden. Die Landwirte sollen angehalten werden, den reifsten Ausbruch des Getreides umgehend vorzunehmen und ihrer Ablieferungspflicht auch hinsichtlich der Kartoffeln a. a. m. vollauf zu genügen, damit bitterste Not vom Volke ferngehalten wird. Herr Bürgermeister-Pröschold hierzu mittelste, sei in der letzten Magistratsitzung bereits ein Bauernrat gewählt worden, der eussprechend und im Einvernehmen mit dem Arbeiterrat wirken würde. Dem Bauernrat gehören je zwei Vertreter der größeren Landwirte, der mittleren und kleineren Landwirte, der Landarbeiter und des Handwerks an und zwar die Herren May, Fr. Brettnig sen., Nöckel, Fr. Schmidt, Andrae, Kluge, Franke und Dörflinger. Sollten die Stöckungen in der Kohlenanfuhr weiterhin anhalten, so wurde es für notwendig gehalten, dort Kohlen wegzunehmen, wo in Erwartung geregelte Zufuhr mehr, als wie vorläufig erforderlich, gegeben wurde. Ein zweiter Kraftwagen, der dem Herrn Grafen in Wignburg gehört, sei für die Kohlenanfuhr verfügbarig gestellt, wie der Herr Bürgermeister mittelste, doch wäre es fraglich, ob der schon ältere Wagen etwas schaffen würde. (Zwischenhat hat sich jene vorläufige Unbrauchbarkeit erwiesen. Die Red.) Die Befürchtung einer Arbeitslosigkeit, wie sie in manchen Bezirken vorhanden sein wird, braucht man hier nicht zu haben, da die Bergwerke viele Arbeitskräfte aufnehmen werden, ebenfalls Landwirtschaft und Bauhandwerk rege Nachfrage nach Leuten haben. Sollte ja ein vorübergehender Arbeitsmangel auftreten, müßten Hoflandsarbeiten ausgeführt werden. Als ein großer Uebelstand wurde gerügt, daß der Koffschlichter Arndt in Querfurt hier keine Verkaufsstelle, wie es früher war, mehr unterhielt. Hiesige Einwohner müssen wägendlich nach Querfurt und machen oftmals den Weg vergeblich. Es wurde beschloffen, wegen Einrichtung einer örtlichen Verkaufsstelle vorstellig zu werden. Nachdem in anderen Angelegenheiten eine allgemeine Aussprache stattgefunden hatte, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Nebra, 25. November.

Am Sonntag d. 17. d. Mts. fand die Gründung einer Ortsgruppe Nebra der Wirtschaftlichen Vereinigung der Kriegsgeldbesitzenden, S. B. Leipzig, statt. Die gut besuchte Versammlung schloß sich den Ausführungen des Herrn Quaas, Wippach, an. Nächste Zusammenkunft im Angeleit dieser Zeitung ersichtlich. Alle Kameraden sind herzlich eingeladen.

Aufhebung der für den 4. Dezember 1918 angeordneten Volkszählung.

Unter den inzwischen eingetretenen Verhältnissen wird die Durchführung der Volkszählung am 4. Dezember 1918 und einer sich daran anschließenden Vorkzählung der Zivilbevölkerung, insbesondere wegen der starken Bevölkerungsveränderungen, welche durch die Demobilisation und das Zurückziehen der Heeresangehörigen in die Heimat bewirkt werden, auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen, auch dürfte die Ergebnisse dieser Erhebungen sehr ungenügend ausfallen. Es ist daher von der Reichsleitung angeordnet, daß die Bundesratsverordnungen vom 24. Oktober 1918 über die Volkszählung und über die Fortschreibung der Zivilbevölkerung nicht in Wirklichkeit treten und die dafür eingeleiteten Vorbereitungsarbeiten eingestellt werden.

Richtliche Nachrichten.

1. Abent.

Nach dem Vermittlungsbescheid findet Beichte und heiliges Abendmahl statt.

Der Magistrat.

Pröschold.

Der Arbeiterrat.

Otto Schlab.

Die Stadtsteuerkasse.

Nebra, den 25. November 1918.

Das neue Arbeitsverhältnis.

Das zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften unter Teilnahme der deutschen Reichsregierung abgeschlossene Abkommen für die Übergangswirtschaft stellt einen vollen Erfolg der Bemühungen in all und jeder Beziehung dar und wird von ihnen mit Recht als Triumph gefeiert. Die Arbeitgeber haben in freiwilliger Abtätigung der neuen Lage ihre grundsätzliche Stellung sowohl wie ihre Aufstellungen über bestimmte Einzelfragen aufgegeben und sich in allen Punkten den Forderungen der Gewerkschaften gefügt. Die Aufhebung von der Interessentrennbarkeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, wie sie bisher bei den ersten beiden, und wie sie insbesondere in der wirtschaftsrechtlichen Arbeiterbewegung und ihrer Interaktion durch die Unternehmer zum Ausdruck kam, ist von den Gewerkschaften von jeher als fundamental und Abhängigkeiten (sogar bei) und verworren. Die Unternehmer haben sich jetzt in der gewerkschaftlichen Auffassung von der Grenzhaftigkeit der Interessen bekennt, indem sie die Gewerkschaften als die berechtigten Vertreter der Arbeiterschaft anerkennen, auf jede Beschränkung der Koalitionsfreiheit verzichten und die wirtschaftsrechtliche Arbeiterbewegung lassen lassen.

Es ist nur die logische Folge aus dieser veränderten grundsätzlichen Auffassung des gegenseitigen Verhältnisses, wenn sie nunmehr auch auf den gewerkschaftlichen Standpunkt des Verhandels von Macht zu Macht bei Wirtschaftskämpfen treten und demgemäß für einen möglichst weitgehenden Ausbau des kollektiven Arbeitsvertrages, der Tarifverträge eintritten. Je breiter auf beiden Seiten die Front ist, um so eher eine Ausdehnung ausbreiten können, desto größer die bedeutende Neigung, ohne offene Konflikte auszukommen. Allerdings bedeutet die Annahme des Tarifvertrages ebenfalls insofern keine Parität, als die Unternehmer vorerst keine wirksame Sicherung gegen Vertragsbrüche besitzen.

In der den beiden Unternehmern freiwillig preisgegebenen Unerschrockenheit gegen Macht und Unbehagen steht an erster Stelle der Verzicht auf eigene Arbeitsnachweise und die Annahme der paritätischen Regelung des Arbeitsnachweises, die in der Praxis auf den bestimmenden Einfluß der Gewerkschaften hinausläuft. Ein nicht minder bedeutsames Zugeständnis ist die Annahme, das herkömmlich zum gerichtlichen Schlichtungsausschüssen mit verbindlicher Entscheidung für beide Teile, der, wenn auch in etwas anderer Form, die Vermittlung des von den Unternehmern bisher lebhaft bekämpften Gedanken eines Gleichzeitigkeitens darstellt. Es erhebt aus allen diesen Zugeständnissen, daß die Arbeitgeberseite beim Abschluss dieser Vereinbarung in hochgradig unangenehme Verhältnisse lediglich die wirtschaftliche Schlichtungsvermittlung der Arbeiterschaft gehen, daß sie also geschnitten die politische Seite außer acht gelassen hat.

Nun sind bislang die freien Gewerkschaften, die nach ihrer Bedeutung den überwiegenden Einfluß haben, die Vertreter ganz bestimmter einheitlich paritätischer Aufstellungen gewesen und in einer Weise bekräftigt mit der Sozialdemokratie, daß man sie toll damit identifizieren mußte. Wenn das neue Abkommen, statt zu gewöhnlichen Ermäßigungen, nicht zu einer Verhinderung und Ausdehnung wirtschaftlicher Kämpfe in der Zukunft führen soll, wenn es sich als Instrument des sozialen Friedens, als das einzige von der Arbeiterschaft in Hinblick auf die gemaltigen Aufgaben der Übergangswirtschaft gedacht ist, bewahren soll, so werden sich die Gewerkschaften in erheblich höherem Maße als bisher ihres in erster Linie wirtschaftlichen Charakters bewußt sein müssen. Auch die Einwirkung in dieser Richtung zu tun, kann man als erste Aufgabe der Gewerkschaften des Überganges zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft ersehen und auf anderem Wege der Interessentrennbarkeit, die in gewissem Umfang ohne jeden Zweifel für beide vorhanden ist, zu einer gewissen Auswirkung verhüten werden. Das herbeigewünscht zu haben,

wäre denn allerdings in erster Linie das Verbleiben des deutschen Unternehmens, das in einem entscheidenden Augenblick die Größe des Geschäftes auftrug, in den gelunden Sinn der deutschen Arbeiterschaft ein lohnendes Vertrauen zu legen, wie es aus dem Abkommen spricht.

Die Nationalversammlung.

Liebste als Wahlmännchen.
Zu den bevorstehenden Wahlen, welche die Bildung einer Nationalversammlung bezwecken, wird geschrieben:

Das bedeutendste Ereignis des neuen Deutschlands ist der Zusammenritt der Nationalversammlung, denn bisher emanzierte die letzte Regierung noch jedes wahren Volkswort, das ihr alle Lebensberechtigung war. Alle Parteien sind sich darüber einig, daß die Nationalversammlung so schnell wie möglich ins Leben treten muß, um der Regierung den angemessenen Titel der Volkswortträger aus dem Rechte nach zu verleihen. Nur eine Partei steht auch in diesen Bunde abseits, die die sogenannte Sparta-Gruppe.

Die Sparta-Gruppe im Reichstag steht das Volk Deutschlands in einer Diktatur, die allerdings nicht von militärischer Seite ausgeht werden darf, sondern ein Vorrecht des Proletariats sein soll. Das Programm der Sparta-Gruppe ist die Willkürherrlichkeit und das Beherrschung eines verschwindend kleinen Volksteils, dem sich das ganze deutsche Volk unterwerfen soll. An Stelle des Rechts und der Freiheit soll der Terror treten, wie ihn Rußland kennzeichnet hat. Alle bisherigen Pläne der Sparta-Gruppe sind an dem gelunden Ordnungssinn anderer Völker gescheitert, die durch das Beispiel Rußlands hindereinander aber den Segen derartiger Einrichtungen befehl wurden.

Tragen der geordneten Aufbau des Staates, die die konstituierende Nationalversammlung gewährleistet, nicht im Sinne der Sparta-Gruppe ist, wird sich diese Gruppe doch an den Wahlen zur Nationalversammlung beteiligen, um auch einen Vertreter in dem neuen deutschen Parlament aufzuweisen. Der Ständer und Führer dieser Partei, Liebknecht, wird in erster Reihe als Wahlmännchen auftreten, um auch die in Berlin landierenden. Durch den Aufbruch gegen den Berliner Sozial-Vergewaltiger wollte sich die Gruppe ohne Mähle ein weit verbreitetes Organ ihrer politischen Bestrebungen schaffen. Der Versuch ist mißglückt. Aber trotz allem ist Liebknecht im Verein mit Noia Zuremburg aus einig über das, den Boden für die Wahlen der Sparta-Gruppe zu bereiten. Die Sozialdemokratie wird durch den Aufbruch durch die Wahlen der beiden führenden Geister in den Parteien und Versammlungen betrieben. Gegen eine Wahlvereinerung der Sozialdemokratie kann ein demokratisches Staatsmessen nicht einzuweisen haben, denn der Wähler der Wahlen wird in die Entscheidung des Volkes sich von den unrichtigen und unangenehmen Zielen dieser Gruppe weit entfernt halten will.

Im Vorwärts schreibt Scheffemann: Kein politisches und kein wirtschaftliches Gedeihen ohne Nationalversammlung: das muß die Parole für die Reichsleitung sein. Für die sozialdemokratische Partei aber gilt es, zu einem Wahlkampf zu rufen, wie es sich nicht nur seinen gegeben hat. Sehr Wunden in eine kurze Zeit, da darf keine Stunde verloren werden. Eine Entscheidung wird fallen, die wahrlich nicht geringere geschichtliche Bedeutung besitzt als die Entscheidungen des Schicksals. Alles, was in unserer Partei an Opern und Kampflust lebt, alle geistigen und materiellen Kräfte müssen mobilisiert werden bis zum letzten Augenblick.

Auch über die Einzelheiten der im Januar stattfindenden Wahlen weiß Scheffemann nichts mitzuteilen, denn er schreibt: Der Generalwahl Wahlkreis mit 150 000 Einwohnern vor. Für das ganze Reichsgebiet wird die Verhältniswahl eingeführt in ähnlicher Weise, wie das Reichs-

lan für einige Großstädte beschlossen war. Es soll also auch die Verbindung von Wahlkreisen möglich sein. Grundsätzlich soll es nicht mehr, beim Ausschneiden eines Mitgliedes rückt die nächste Liste ein. Die Wählerlisten sind am 2. Januar auszulegen. Einmalige sind bis zum 11. anzubringen und bis zum 25. zu erlösen. Nur die nachfolgende Annahme von Wahlpersonen, die im Januar befristet, soll eine besondere Verordnung ergehen. Die Wahlen sollen dann, wie schon gemeldet, am 2. Februar vorgenommen werden. Das Verzeichnis ist wie bei der Reichswahl, nur daß diesmal Frauen über 20 Jahre mitwählen. Die Nationalversammlung tritt in die Deutsche Republik ein, soll keinen Abgeordneten der Weir zur Nationalversammlung entsprechend den allgemeinen Regeln offenhalten. Eine Vergrößerung der Wahl in Österreich soll das Recht der Beteiligung nicht aufheben.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine Bekanntmachung der provisorischen preussischen Regierung weist darauf hin, daß die beliehenden Gelege und Verordnungen, soweit sie nicht ausdrücklich durch die Regierung aufgehoben sind, in Kraft bleiben und von jeder Partei zu beobachten sind. Die Regierung wird in unangenehmem Genuß der ihm dadurch gewährten Rechte verbleibt. Danach besteht für alle Staatsangehörigen die Verpflichtung zur Einrichtung der bis herigen Steuern und Abgaben unverändert fort. Unterbrechung ist diese Bekanntmachung seitens der preussischen Regierung.

Die Moskauer Mätereierung hat der neuen deutschen Republik die Rechte der beiden Parteien mit Recht abgeben lassen. Die Mätereierung erklärt, daß sie Deutschland dauernd mit den reichen Getreidevorräten, den besten Anbaugeschäften, ausbilden könne. In dem guten Willen der Mätereierung wird hier ein zukünftiger Stelle nicht gemeint, allein es scheint doch fraglich, ob die russische Regierungsgewalt über dieses Getreide, weil sie gerade im Substanzgebiet mit Unterstützung der freiwilligen Arme die neue russische Regierung gebildet hat, hervorbrachten und charakteristischer Vertreter Salomon ist. Die deutsche Regierung hat aber das Angebot der Mätereierung mit Dank abgelehnt, zumal die Einreise Deutschlands Lebensmittel in Aussicht gestellt hat, um die Lebensmittel in den russischen Großstädten zu liefern, die die Bevölkerung zum Winter überleben kann.

Die in Berlin amnestierten Mitglieder der Zentrumspartei des preussischen Abgeordnetenhauses erließen folgenden Aufruf: Die sozialdemokratische preussische Regierung hat das Abgeordnetenhaus für einseitig, das Herrenhaus für befristet aufgelöst. Die Sozialdemokratie hat sich erheben und erheben Einspruch dagegen. Es ist erfüllt in ihrem am 18. November d. J. veröffentlichten Programm, daß über die zukünftigen Staatsverrichtungen in Preußen eine verfassunggebende Versammlung entstehen solle. Wir erheben auch Einspruch gegen jeden Versuch, die durch Verletzung und Verletzung bestehende Grundgesetz des Reiches zu ändern, zu ändern und überhaupt Anordnungen zu treffen, die über den Rahmen der Verfassungserhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit hinausgehen. Wir verlangen die unverzügliche Aufhebung von Wahlen für die verfassunggebende Versammlung!

Mehrere hohe Militärs, die aus Warschau zurückgekehrt sind, äußern die Meinung, daß die Bewegung eine nationale Bewegung sei, die einen demokratischen Charakter hat, der holländische Gedanken enthält. Die Bewegung wird von Plünderer getrieben, der Anwendung getroffen habe, das Privateigentum der abgehenden Deutschen in jeder Beziehung zu schänden. Dagegen werden vor allem durch politische Ein-

flüchtlinge weitgehende Beschlagnahmungen des deutschen öffentlichen Eigentums vorgenommen. Zu einer solchen Maßnahme halten sich die Polen für berechtigt, weil sie für deutsche Requisition an das Reich (Brennöl) vorzubereiten zu haben glauben. Um eine solche gegenwärtige Anordnung zu ermöglichen, werden für die Zeit von der Polen vorgenommenen Beschlagnahmungen gleichfalls Schritte unternommen. Die Offiziere erklären weiter, daß in den preussischen von Polen bewohnten Gebieten vollkommen Ruhe herrsche.

Deutsch-Ostereich.

Der Corriere della Sera berichtet aus Paris, daß die Mehrheit der Allierten gemäß dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gegen einen Anschlag Deutsch-Ostereich an Deutschland einzuweisen habe.

Ministerpräsident Karoly führte in der Nationalversammlung unter förmlichem Beifall u. a. aus: Am heutigen Tage hat die Nationalversammlung sich damit ausgesprochen, die Staatsform Ungarns zu ändern und die Republik auszurufen. Die über das Plutonium des Krieges hinweg kommen die Völker Europas und daher auch das ungarische Volk begreifen, daß es nur ein Programm geben kann, das politische Programm, welches in Zukunft alle Völker zusammenschließen, allen Völkern die Unabhängigkeit, Selbständigkeit und freie Entwicklung sichern wird. Der schnelle Friede läßt sich aber nicht durch die Aufhebung des Militarismus allein sichern, sondern es müssen sämtliche Völker Europas auch wirtschaftlich zusammengeschlossen werden.

Polen.

Aus Warschau wird gemeldet: Die Straßenkämpfe in Lemberg zwischen Polen und Ruthenen dauern ununterbrochen fort. In den Polstrassen kämpfen auch junge Mädchen mit. Die Polen haben den Wohnort der Ruthenen die Stadt besetzt, wo Hungersnot herrscht. Vor der tschechischen Hochschule, die das Gebiet der Polen ist, wurde ein ein Friehehof errichtet, der bereits achtundzwanzig Getallene birgt und seinen Platz mehr hat. Die politische Liquidationskommission in Krakau hat an das polnische Komitee in Paris und an General Fremont in Warschau einen Antrag gemacht: Die Ukraine werden in Galizien, Oeset, polnische Besatzungen werden erlaubt, gegen welche Invaliden werden geschossen, die ukrainische Artillerie besetzt Spitaler mit Granaten. Leute, die in den Straßen liegende Getallene bergen wollen, werden angeschossen. Wir eruchen um sofortige Entsendung einer Untersuchungskommission nach Krakau und Lemberg zur Ermittlung weiterer unglücklicher Mordverbrechen.

Blücher hat an die Regierung alle Kriegsverfahren und neutralen Staaten Telegramme geschickt, in denen er ihnen die Entlassung des unabhängigen polnischen Staates anzeigt, der alle Teilungsgebiete umfaßt. Gehört auf die Zeit seines Fortkommens lebende in der Ukraine, die die Polen die Gegenwart aus, daß von jetzt ab keine treue Armee ohne Polens Einwilligung die Landesgrenzen übersteigt. Blücher hat an die Verbündeten die Bitte geschrieben, die unter der Fahne der Verbündeten lebenden polnischen Truppenteile bald wie möglich zu entlassen.

Frankreich.

Jur Behauptung des Main, daß Deutschland die 340 000 Militärschiffe, bemerkt der Appolare, dieses Organ habe mit der Stampage begonnen, das deutsche Volk völlig zu ruinieren. Man müsse sich fragen, ob man sich über diesen dummwichtigen Dandismus erheben oder aber diese Dummheit die Wahlen zuten solle.

Polen.

Die amtlich wird, hat die deutsche Regierung erklärt, die Sperre für Polen aufgehoben und der freie Handel zwischen Deutschland und Holland ist wieder hergestellt. — Damit ist die Beschränkung, die dem Ein- und Ausbruch mit Deutschland während des Krieges aus Baluto- und Kompensationsgründen auferlegt war, von einer Stelle durchbrochen.

In bösem Schein.

2) Armination von Heinrich Leo.

Menale mußte gar nicht, wie ich hoffte, in München geworden war, und daß es in vergessenen gehabt hatte, denn manche dieser Briefe waren die pure Beschwörung, und daß er über überhaupt gar nicht mehr wußte war. Das Leben in München war so lustig, so lustig, so lustig, daß ich mich nicht vorstellen konnte, daß ich in der Stadt, auch Herr Hofmann, auch Menale vorstellen konnte. Auch war er gerade in die richtige Scheidung hineingekommen. Im Rollen war er schon fast kien Wochen nicht gewesen, er hatte viele Schindeln gewandt, von denen er, anlässlich nur aus Angst, lebt aber auch aus Belohnung Herrn Hofmann noch kein Wort gesagt hatte. Auch war er ihm auch nicht fern. Von jetzt an, wenn er nach München zurückkam, wollte er wieder pünktlich ins Rollen, erbenlich und feurig sein und soviel herum, daß er davon seine Schindeln abgeben konnte; dann erlaube Herr Hofmann nichts davon. Und auf alle diese guten Vorteile hatte ich, ohne daß ich davon etwas ahnte, nur Menale gekannt, und nun ahnte ich ihn. Menale, sagte er, wenn du wie nicht verzweifeln, dann komm' ich nie wieder nach Gault. Nie! Das ist doch ich die! Die! Die! Die! Das ist doch! Sie bekennt sich noch ein Weiden, dann dich sie stehen und läge mit ihren Lippen Rechen Jahren: Wenn du wie verzweifeln, daß du wieder so wie früher werden willst!

„Das verpreche ich dir — auf Etre, Menale!“

Er brühte ihre Hand, er war wieder glücklich und Menale ließ sich wieder von ihm führen — nur war er nicht mehr so glücklich, und doch hätte er sie vor lauter Liebe und Glückseligkeit in seinen Armen gerücken mögen.

Wieder verging die Zeit. Seine Briefe wurden seltener. Er entschuldigte das mit seinen vielen Arbeiten. Auch die beschlossenen Fellen für Menale fielen immer spärlicher aus. Menale sagte nichts davon. Sie ließ sich nicht aufeinander. Wieder kam er zu den Ferien nach Houle. Niemand, selbst die Zante nicht mit ihren mysteriösen Augen, merkte die neue, noch häßlere Veränderung an ihm, nur Menale merkte sie — und deshalb ging er ihr aus dem Wege. Sie sah, daß er sich in dem alten Gault wie in einem Gefängnis gefangen hielt, und deshalb wollte sie ihm das bald wie möglich wieder zu verschaffen. Ganz gleichgültig war sie ihm geworden. Aber Menale war stolz. Auch sie wollte ihm zeigen, daß sie nicht mehr an ihm lag, nur vor dem Vater und der Zante beizubehalten sie sich in gegenseitigem Unverständnis, so, als wäre alles zwischen ihnen kein Leben gewesen, aber sie hat sich nicht mehr abend, leben, glücklich. Zum dritten Male nahen die Ferien heran. Dieckmal brachten sie ihm nicht nach der Heimat zurück. In dem nächsten Semester sollte er kein Gramen machen und er schrieb, daß er dazu noch dringende Vorbereitungen nötig hätte.

Die Zante meinte, daß es eine Ehe war. Dann, eines Tages, wurde alles mit ihm klar. Dem Gramen war er durchgefallen; eine

Wenige Zeile meldeten sich, bei denen er Schulden gemacht hatte; das ganze wolle, auslösen, was er sich erheben hätte, wurde aufgegeben und Zante Pfänder hatte ihren großen Tag. Wunden dem alten Herrn und seinem Gefolge land unter vier Augen ein neues Unterredung statt, deren Ergebnis war, daß Rudolf zu seinen Schulden nicht mehr zurückkehrte. Er trat als Kolonialist in das Habitus ein.

Nach dem früheren Verhältnis zu der Familie ihres Vaters war nun nicht mehr die Liebe, — trotz des ungetragenen Fleisches und der Gemüthsartigkeit, womit er in störrischer Dürre Neue in seinen jetzigen Aufgaben hingab. Hatte der alte Herr ihm beim Antritt der Wandlung zum Professor, die ihm seinen Namen geben sollte, und er zeigte, so konnte doch schon Zante Pfänder im Gault dafür, ihm des Bergangenen und in Verbindung damit seine Verlust und zunehmende Stellung aus deutliche sichtbar zu machen. Menale, die nun eine schöne junge Dams geworden war, richtete kaum noch einen Blick auf ihn, der nicht mehr Menale, sondern nur ein Name war, der seine Bedeutung verlor. Ein unparitätisches und störrisches Dinge hätte vielleicht herausgefunden, daß sie dabei nicht weniger litt als der von ihr Verachtete selbst.

Eines Tages fand sich in der Hochzeit, die im Kontor gehalten wurde, bei einer auswärtigen Firma eine Stellung ausgefüllt, die aus der Zeit der Zante war. Eine Plakat später gab Rudolf zum zweitenmal eine Deimal auf. Menale, sagte er zum Abschied —

seit Jahren war er in dieser Rücksichtslosigkeit wieder einmal allein mit ihr und er stand vor ihr wie ein armer Sünder — ich wollte die Lebensoffener. Er hätte ihr zu führen bitten mögen, und nun wußte er nicht einmal, ob er ihr die Hand entgegenstrecken durfte. Nicht in ihrem Gesicht regte sich. „Lebe wohl!“ erwiderte sie in einem Tone, der selbst jetzt die Stimme des Hochschicks nicht von seiner Stelle verlor. ... Damit die Fingerbeeren hatte sie ihm geschickt. Damit waren sie geschieden.

Zwei Jahre waren das jetzt her. Rudolf war wohl angekommen. Einige Monate, nachdem er seine neue Stellung angetreten, hatte er die insofern eines Zweites mit einem Borengeligen, zu dem er sich von seinem langjährigen Bekannten hätte hinsetzen lassen, wieder anzusehen müßte. Selbst war diese Nachricht von ihm auszugehen und alle Nachforschungen waren ohne Erfolg.

„Wer hat nun dem so lauberen Herrn Nicht befohlen?“ fragte Zante Pfänder froh, jedoch zu ihrem Bedauern, „wie ich immer noch, es nimmt mich sehr an.“

„Wer hat's nicht gelassen wollen?“ Herr Hofmann herrschte das Bescheiden eines Pflegenottes seinen Kommer. Was Menale herab, so liebte sie stumm. Wenn hätte sie sich anvertrauen lassen? Wer von ihm auf hatte sie an den weltlichen Beziehungen seine Zeit mehr und ihr Charakter ihre etwas Geduld und Verlässlichkeit, was ihrem Vater neue Sorgen machte.

„Seine Schuld!“ sagte die Zante zu ihm, die mit ihren argwöhnischen Augen die Ursache

Bekanntmachung.

Betrifft:

Pferdeversteigerung für den Kreis Querfurt.

Am Mittwoch, den 27. 11. 1918, Nachmittags 1.30 Uhr findet in den Stallungen der Landwirtschaftskammer Halle, Lutherstraße, die Versteigerung von zirka 100 Militärpferden für den Kreis Querfurt statt. Zugelassen zum Ankauf der arbeitsverwendungsfähigen Pferde werden nur solche im Kreise Querfurt wohnhaften Personen, welche im Besitze eines persönlichen vom Gemeindevorsteher auf den Namen des Betreffenden ausgestellten Ausweises sind. Gleichzeitig muß vom Gemeindevorsteher bescheinigt sein, daß der Betreffende das Pferd lediglich für gewerbliche bezw. landwirtschaftliche Zwecke benötigt.

Händlern ist das Bieten und der Besuch der Versteigerung verboten.

Kriegsanleihe wird bis zur Höhe des Kaufpreises in Zahlung genommen. Die Käufer haben Zaumzeug mitzubringen. Versteigerte Pferde sind sogleich mitzunehmen.

Garnisonkommando Halle.

Bekanntmachung

betreffend Pferde-Versteigerung für den Kreis Querfurt.

Am Donnerstag, den 28. ds. Mts., vormittags 9 Uhr findet in den Stallungen der Landwirtschaftskammer in Halle a. S., Lutherstraße, eine Versteigerung von weiteren 100 Militärpferden für den Kreis Querfurt statt.

In Abänderungen der Bestimmungen vom 28. ds. Mts., Kreisblatt Nr. 240, werden zu den Versteigerungsterminen am 27. und 28. nur solche im Kreise wohnhaften Personen zugelassen, welche im Besitze einer vom Landratsamte ausgestellten weißen oder roten Pferdekarte sind.

Diese Karten, welche zum Ankauf berechtigen, sind auf Grund der früheren Feststellungen ausgestellt und werden den Ortsbehörden sofort durch Eilbrief zugestellt werden. Die Karten sind seitens der Ortsbehörden sofort auszuhändigen.

Etwasige Anträge auf Erteilung weiterer Karten sind unter Angabe der bewirtschafteten Fläche und der vorhandenen Pferdezahl sofort nach hier einzureichen. Den Anträgen sind Bescheinigungen der Ortsbehörde darüber beizufügen, daß die Pferde nur für landwirtschaftliche bezw. gewerbliche Zwecke benötigt werden.

Querfurt, den 24. November 1918.

Der Landrat.

Betrifft Ausstellung der nächsten Wahlkarten.

Die Wahlkarten für die Zeit vom 18. Dezember 1918 bis 15. Februar 1919 sind sofort bei uns zu beantragen, damit dieselben rechtzeitig in die Hände der Selbstverwörter gelangen.

Nebra, den 26. November 1918.

Der Magistrat.

Ich habe meine Tätigkeit

wieder aufgenommen.

Dr. Albrecht, Halle a. S.,
Poststr. 14.

Spezialarzt für Ohren-, Nasen-, Kehlkopfkrankheiten.

Düngemittel.

Lieferung Frühjahr 1919.

Unsere Mitglieder teilen wir hierdurch mit, daß wir große Posten

Schwefelsaures Ammoniak

(bezw. Natrium - Ammonium - Sulfat),

Kali, Ammoniak, Salpeter, Kalkstickstoff, Superphosphat

für Düngezwecke einkaufen konnten und bitten wir den Bedarf baldigst ausgeben zu wollen.

Ländl. Spar- u. Darlehnskasse Nebra a. U.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Fernsprech-Anschluß Nr. 10. — Postcheckkonto Leipzig 1108.

Holz-Verkauf.

Forstrevier Nebra.

Im Gasthause zu Wippach.

Donnerstag, den 5. Dezember 1918, vormittags 10 Uhr
gelangen aus den Dist. 4, 11, 2, 19, 18 und Delas nachstehende Holz- und Brennholz meistbietend gegen Barzahlung zum Verkauf.

Fichtenstangen.

59 Stück I. Klasse.	141 Stück II. Klasse.	295 Stück III. Klasse.
690 " VI. "	810 " V. "	595 " VI. "
	995 " VII. "	

Brennholz.

32 rm Eichen- und Buchen-Scheite und -Knüppel,	
23 1/2 " Fichten- " Kiefern- " "	
11 " Birken-Scheite und -Knüppel,	
4 " Aspen- " "	
12 " Kiefern-Reißig III. Klasse,	
22 " Buchen- und Eichen-Reißig II. Klasse.	

Verkaufsbedingungen werden im Termin bekannt gegeben.

Wippach, den 25. November 1918.

v. Hellborsff'sche Forstverwaltung.

Husten-

tropfen, ganz vorzüglich gegen Husten, Atemnot, Verschleimung u. Magentropfen sicher wirkend. Wiederverkäufer hohen Rabatt.

Althaus Versand Heiligenstadt (Eichsfeld.)

Briefpapier

hält vorrätig Buchdruckerei Nebra.

Anfangspostkarten

empfiehlt Karl Stiebig.

„Torpedo“- Haushaltungs- und Wirtschaftspresen

für Beerenwein, Obstwein, Rüben, Quark,
Wäsche u. dgl. empfiehlt
Mag Schröder, Nebra.

**Willkommen
in der Heimat!**
Willkommen-Plakate,
neu angefertigt, empfiehlt
Buchdruckerei Nebra.

Erfurter Lichtspiel-Theater (Kino)

Gasthof „Preussischer Hof“, Nebra.

Sonntag, den 1. Dezember, abends 8 Uhr,
nur besseres Unternehmnen mit hellklaren, und nur erstklassigen Bildern.
Spielfolge.

1. **Aus dem Leben meiner Freundin,**
großes Gesellschaftsschauspiel in 5 Akten.

Hauptrolle Frä. **Edith Meller.**

2. **Die Försters-Loni,**
Großes spannendes Drama in 4 Akten.

3. **Das Gänsgen vom Lande,**
heiteres Lustspiel in 3 Akten.

Eintritt 1. Platz 1.20 Pfg., 2. Platz 1.— Mk.

Nachmittag 4 Uhr Kinder- u. Familien-Vorstellung.

1. Platz 50 Pfg., 2. Platz 30 Pfg. Erwachsene das Doppelte.

Um geneigten Besuch ladet ergebenst ein **Die Direktion.**

Todes-Anzeige.

Gestern abend 11^{1/2} Uhr entschlief sanft mein liebes Töchterchen
Ella im Alter von 6 Monaten.

Dies zeigt schmerz erfüllt an

Nebra, den 26. November 1918.

Die trauernde Mutter **Berta Stöhr**
nebst Angehörigen.

Dank.

Für die Beweise der Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Mutter, Schwiegermutter und Großmutter sagen wir hierdurch allen unseren herzlichsten Dank. Besonders Dank Herrn Oberpfarrer Schwiager für seine Trostesworte und allen denen, die ihren Sarg mit Kränzen schmückten und ihr das letzte Geleit gaben.

Nebra, den 25. November 1918.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Familien **Paul Grob** und **Mertinatsch.**

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben unvergesslichen Tochter **Klara** können wir nicht unterlassen, hierdurch allen für die Beweise der Anteilnahme herzlichsten Dank zu sagen. Besonders danken wir noch Herrn Oberpfarrer Schwiager für die trostreichen Worte am Grabe, Dank den Herren Lehrern und der ersten Mädchen- und Knabenklasse, ihren lieben Paten und Großeltern für die schönen Palmenzweige, sowie allen Verwandten und Bekannten, die ihren Sarg so reich mit Blumen schmückten und sie zur letzten Ruhestätte geleiteten.

Nebra, den 25. November 1918.

Die trauernden Hinterbliebenen

Familie Paul Grob.

Ruhe sanft!

Dank.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Tode und Begräbnisse unseres lieben Sohnes **Fritz** können wir nicht unterlassen, hierdurch allen unseren herzlichsten Dank auszusprechen. Besonderen Dank Herrn Oberpfarrer Schwiager für die trostreichen Worte am Grabe, innigen Dank der Barbier- und Friseur-Innung für die herrliche Kranzspende, sowie allen lieben Freunden und Bekannten für den reichen Blumenschmuck, Dank allen denen, die unseren lieben Verstorbenen zur letzten Ruhestätte trugen und geleiteten.

Nebra, den 26. November 1918.

Die trauernden Eltern

Fritz Würfel und **Frau.**

Wenn Liebe könnte Wunder tun,
und Tränen Tote wecken,
so würde Dich, geliebter Fritz,
nicht kühle Erde decken.

Nebrner Anzeiger

Ercheint
Mittwoch und Sonnabend.

Abonnementspreis
vierteljährlich 1.80 Mark pränumerando, durch
Boten 1.85 Mark, durch die Post 1.98 Mark,
durch die Briefträger frei ins Haus 2.16 Mark.

für Stadt und Umgegend.

Gratisbeilagen:

Wöchentlich ein illustriertes Sonntagsblatt und vierzehntägig eine landwirtschaftliche Beilage.

Ämtliches Veröffentlichungs-Blatt der Behörden in Nebra a. U.

Inserentionspreis
für die einpaltige Skorpusselle 20 Pf.,
im Kreise amtliche Anzeigen 20 Pf., andere
Anzeigen 15 Pf.,
Reklamen pro Zeile 30 Pf.,
Inserate werden bis Dienstag und Freitag
10 Uhr angenommen.

Nr. 95.

Nebra, Mittwoch, 27. November 1918.

31. Jahrgang.

Demobilisierung.

Überall im Lande merkt man bereits, daß Ordnung in den Gang der Demobilisation kommt. Der Leiter des Demobilisationsamtes in Berlin, Dr. Koeth, hat in Preußen die Regierungspräsidenten zu Demobilisationskommissaren ernannt, die sich bei einem „Besuchs-Beirat“ zu bilden haben. Als lokale Stellen werden in den Landkreisen und kreisfreien Städten „Demobilisationsausgänge“ geschaffen. Dieser Organisation haben die Kriegsamtsstellen und Kriegswirtschaftsämter mit ihrem Rat und ihrer Erfahrung zur Seite zu stehen. Die außerpreussischen Landesstellen sind aufgefordert worden, sofort für ihr Staatsgebiet die gleiche Organisation zu schaffen. Daß alle diese Stellen in enger Fühlung und im Einvernehmen mit den Arbeiter- und Soldaten-Räten arbeiten werden, ist selbstverständlich. Die Letzteren sind ihrerseits von Dr. Koeth und dem Zentralauschuß des A- und S-Rates aufgefordert, sich in wirtschaftlichen Demobilisationsfragen an den Demobilisationskommissar bzw. Demobilisationsausgang zu halten und nicht selbständig einzugreifen, da sonst Verwirrung und Unordnung die notwendige Folge sein würden.

Die Aufgaben der Demobilisationskommissare werden darin bestehen, das Wirtschaftsleben auf die Friedenswirtschaft umzustellen, einen Ausgleich der Arbeitskräfte herbeizuführen und die zur Entlassung kommenden Soldaten in Heimat und Arbeit unterzubringen. Hierbei wird die Mitwirkung der Arbeitsnachweise, die im Reichsgebiet in der Zentralauskunftsstelle Sachsen-Anhalt in Magdeburg, bzw. für Altburg in Jena vereinigt sind, von großer Bedeutung sein. Die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer können nicht eindringlich genug darauf hingewiesen werden, die Vermittlung der öffentlichen Arbeitsnachweise zu benutzen. — Während die Landwirtschaft, der Bergbau, das Verkehrswesen u. a. m. Arbeitskräfte notwendig gebrauchen, wird in anderen Gebieten nicht genügend Arbeit vorhanden sein. Hier gilt es, die Arbeit durch Verköstigung der Schicht, auch unter den 8 Stunden-Tag, zu strecken, wobei trotzdem für auskömmliche Löhne gesorgt werden muß. Handwerker und stillgelegte Betriebe müssen möglichst bald wieder instand gesetzt werden, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Kohlenwirtschaft wird sich dementsprechend entwickeln müssen, während Arbeitslosigkeit ist, muß sie durch Notstandsarbeiten geschaff werden, wozu das Reich Gebührentilgung gewähren wird.

Es ergibt sich aus Vorstehendem, daß die Hauptarbeit bei den örtlichen Demobilisationsausgängen geleistet werden muß, während von den Demobilisationskommissaren die Anweisungen dazu gegeben werden und die Aufsicht ausgeübt werden muß. Da die Arbeit bei den Demobilisationskommissaren erst in Bildung begriffen sind, so empfiehlt es sich in der nächsten Zeit nicht, an diese mit Anfragen über Einzelheiten heranzutreten, um die Organisationsarbeit nicht zu fören.

Auch die personale Demobilisierung, die Rückführung der Heeresangehörigen hat durch die veränderten Verhältnisse eine Umänderung erfahren müssen. Das vorgelegene Kartensystem, durch welches zunächst Leute zur vorzugsweisen Entlassung in die Heimat angefordert werden sollten, mußte fallen gelassen werden, weil technische Schwierigkeiten, die in der schnellen Zurückziehung des Frontheeres aus den besetzten Gebieten ihren Grund haben, vorliegen.

Für die Entlassung der Heeresangehörigen aus dem Befehlshaber sind zunächst folgende Richtlinien gegeben:

Es werden sofort entlassen, unmittelbar vom Ersatztruppenteil alle in nachstehenden Punkten aufgeführten Berufe soweit Beschlagnahmen durch betreffende Leute darüber erbracht sind, daß sie tatsächlich diesen Gruppen angehören. Ausgenommen sind diejenigen, die 1896 bis 1899 geboren sind.

1. Eisenbahner einschließlich Privat und Kleinbahn.
2. Ausgenommen Rentner, die im Dienstbereich des Feldbahnverkehrs und der Inspektion der Eisenbahnen in der Heimat tätig sind. Diese verbleiben bis auf weiteres in ihrer derzeitigen Tätigkeit.
3. Schiffahrtswesen. Ausgenommen Angehörige des Schiffer-Ersatzbataillons.
4. Öffentlicher Verkehr. (Straßenbahn usw.)
5. Bergbau aller Art, einschließlich Kalkbrüche, Steinbrüche, Sandgruben.
6. Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke.
7. Beamte der wirtschaftlichen Organisation der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände (Gewerkschaften und dergleichen) und die Arbeitsnachweisbeamten.
8. Landwirtsch.
9. Reichs-Staats-Kommunalbeamte.
10. Selbständige Geschäftleute, Gewerbetreibende, Handwerker.

Vorgebrachte Karten zur namentlichen Anforderung einzelner Arbeitskräfte sind nicht mehr nötig. Solche Anforderungen sind vielmehr, ohne an die Form gebunden zu sein, nicht mehr an die Fronttruppenteile zu richten, sondern an deren Ersatztruppenteile in der Heimat bzw. an die des Befehlshabers. Zahlenmäßige Anforderungen für Arbeitskräfte sind an die öffentlichen Arbeitsnachweise zu stellen.

Aus den Feldtruppenteilen Rentner anzufordern, ist bei dem jetzigen raschen Fortschreiten der Bewegungen vollständig überflüssig.

Im übrigen wird auf die öffentlichen Bekanntmachungen über die Entlassung hingewiesen.

Die Heimkehr der Truppen.

Büßdorf, 25. November.
Die Fronttruppen haben jetzt auch den Niederrhein erreicht. Nachdem in den letzten Tagen große Züge Bagagewagen, Automobilkolonnen, Sanitätsfahrwerke, Pferdetransporte und kleinere Abteilungen Fußtruppen von der Etappe den Rhein überschritten hatten, traf heute die Spitze der vierten Armee Sigt von Armin geschlossen und in guter Ordnung hier ein. Die Rheinbrücke und zahlreiche Häuser der Stadt trugen Begrüßungsschreiben und Blumensträuße. Auf allen Straßen sind Flaggen gehißt. Den Heimkehrenden wird ein herzlicher Willkommen von der Bürgerschaft bereitet. Dank den getroffenen Maßnahmen vollzieht sich der gewaltige Verkehr der meist um die innere Stadt herumge-

Ferner gehören den Reichsämtern als Unterstaatssekretäre an: Auswärtiges Dr. Doob, Kriegsernährungsamt Robert Schindl, Reichsarbeitsamt Giesberts. Als Beigeordnete wurden den Staatssekretären zur Seite gegeben: Auswärtiges Amt Karl Rautsch, Reichshandelsamt Eduard Bernheim, Reichswirtschaftsamt Erdmann (Köln), Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisation Büchner und Schumann, Reichsarbeitsamt Noske und Vogtherr, Reichsjustizamt Dr. Oskar Cohn.

Staatssekretär Erzberger wird gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt Friedensverhandlungen einleiten. Wegen der Besetzung des Reichsamts des Innern schweben noch Verhandlungen.

Vermischtes.

Nebra, 25. November. Ein sonnenheller Blauhimmel stand gestern über der Totenfeier. Mit großer Liebe waren die Gräber der Toten geschmückt. Doppelt getrübt durch den jähren Zusammenbruch unseres Vaterlandes und all seiner ausichtsreichen Zukunftshoffnungen, brachte der Totensonntag den letzten und vollsten Akkord in Leid und Weh. So viele Familien standen wieder an den Gräbern, älteren und jüngeren, die unter kühlem Trauer im Herzen über den Verlust der teuren Entschlafenen, die unter kühlem Trauer ruhen. Und andere, denen das Schicksal es nicht einmal vergönnt, die Stelle zu kennen oder aufsuchen zu dürfen wo ein ihnen nahestehendes Herz zur Ruhe gebettet ward, ließen ihre Gedanken hinaus über die Grenzen unseres Landes hinaus nach Frankreichs verwühten Gefilden oder Rußlands öden Steppen nach der kalten Wogenflut des Ozeans oder nach des Orients glutdurchhauchten Sandwüsten. Und von vielen Lippenpaaren ward sich der bittere Schrei ringen: „Mühsüß Ihr darum sterben? — Als Zeichen unauflöslichen Dankes für unsere den Heldentod gestorbene Nebrer Söhne wurde von den Vertretern des Magistrats und des Kriegsernährungsamtes niedergelegt. Auf der Gedenktafel sind 103 Namen der Gefallenen aufgeführt. Wir wollen nicht rechten an diesem Tag, der dem Gedenken der Toten gemeint sein soll. Wollen die Weisheit, die ihr Stille über die Gräber weisheit, Helten breitet, nicht durch die Fragen unserer stillen Ruhe reiden mag. Und wollen verjuden, uns in dem Gedanken aufzurichten, daß ihr Opfer vielleicht doch nicht vergeblich gewesen. Daß aus all dem Chaos, aus all der Flut von ungeklärten Verhältnissen, die gegenwärtig über uns Lebende dahinwogt, vielleicht doch rein und klar eine neue Zukunft für uns alle heroortreten mag, unter deren Flügeln wir in stolzer Tätigkeit und vertrauendem Zukunftsglauben einer neuen Aufwärtsentwicklung entgegengehen können.

Nebra, 25. November. Gestern hielt der Arbeiterrat eine Sitzung ab, zu der sämtliche Mitglieder erschienen waren. Auch Herr Bürgermeister Pröschold war auf erfolgte Einladung hin anwesend. Die von der Stadt getroffenen Maßnahmen, zum Empfang unserer heimkehrenden Krieger die Straßen zu schmücken und die Bürger zum Beflaggen der Häuser mit den ihnen zur Verfügung stehenden Fahnen aufzufordern, wurden allenthalben gebilligt. Ferner wurde

die Lebensmittel- und Kohlenversorgung unserer Stadt besprochen und konnten hierüber befriedigende Mitteilungen entgegenkommen werden. Die Landwirte sollen angehalten werden, den reiflosen Ausbruch des Getreides umgehend vorzunehmen und ihrer Abseerungsspflicht auch hinsichtlich der Kartoffeln a. m. nachzukommen zu genügen, damit bitterer Not vom Volke ferngehalten wird. Wie Herr Bürgermeister Pröschold hierzu mitteilte, sei in der letzten Magistratsitzung bereits ein Bauernrat gewählt worden, der entsprechend und im Einvernehmen mit dem Arbeiterrat wirken würde. Dem Bauernrat gehören je zwei Vertreter der größeren Landwirte, der mittleren und kleineren Landwirte, der Landarbeiter und des Handwerks an und zwar die Herren Maj, Fr. Brettnig sen., Möckel, Fr. Schmidt, Andrae, Kluge, Franke und Dorrhauer. Sollten die Störungen in der Kohlenanfuhr weiterhin anhalten, so würde es für notwendig gehalten, dort Kohlen wegzunehmen, wo in Erwartung gelegener Zufuhr mehr, als wie vorläufig erforderlich, gegeben wurde. Ein zweiter Kohlenwagen, der dem Herrn Grafen in Eibenburg gehöre, sei für die Kohlenanfuhr verfügbar gemacht, wie der Herr Bürgermeister mitteilte, doch wäre es fraglich, ob der schon ältere Wagen etwas schaffen würde. (Sowohl die sich hier vorläufig verfügbare Arbeitslosigkeit, wie sie in manchen Bezirken vorhanden sein wird, braucht man hier nicht zu haben, da die Bergwerke viele Arbeitskräfte aufnehmen werden, ebenfalls Landwirtschaft und Bauhandwerk rege Nachfrage nach Leuten haben. Sollte ja ein vorübergehender Arbeitsmangel auftreten, müßten Stoffhandwerker ausgefüllt werden. Als ein großer Lebensfaktor in Querfurt hier keine Verkaufsstelle, wie es früher war, mehr unterhielt. Diese Einwohner müssen wöchentlich nach Querfurt und machen oftmals den Weg vergeblich. Es wurde beschloffen, wegen Einrichtung einer örtlichen Verkaufsstelle vorläufig zu werden. Nachdem in anderen Angelegenheiten eine allgemeine Aussprache stattgefunden hatte, schloß der Vorsitzende die Berammlung.

Nebra, 25. November. Am Sonntag d. 17. d. Mts. fand die Gründung einer Ortsgruppe Nebra der Wirtschaftlichen Vereinigung der Kriegsbekämpften, Sigt Leipzig, statt. Die gut besuchte Berammlung schloß sich den Ausführungen des Herrn Noske, Wippach, an. Nächste Zusammenkunft im Anzeigeramt dieser Zeitung erfolgt. Alle Kameraden sind herzlich eingeladen.

Aufhebung der für den 4. Dezember 1918 angeordneten Volkszählung. Unter den inangewandten eingetragenen Verhältnissen wird die Durchführung der Volkszählung am 4. Dezember 1918 und einer sich daran anschließenden Fortschreibung der Zivilbevölkerung, insbesondere wegen der starken Bevölkerungsveränderungen, welche durch die Demobilisation und das Zurückströmen der Heeresangehörigen in die Heimat bedingt werden, auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen, auch dürfte die Ergebnisse dieser Erhebungen sehr unzuverlässig ausfallen. Es ist daher von der Reichsleitung angeordnet, daß die Bundesratsverordnungen vom 24. Oktober 1918 über die Volkszählung und über die Fortschreibung der Zivilbevölkerung nicht in Wirksamkeit treten und die dafür eingeleiteten Vorbereitungsarbeiten eingestellt werden.

Kirchliche Nachrichten.

1. Abend.

Nach dem Vormittagsgottesdienst findet Beichte und helles Abendmahl statt.

Nach mehr als 4jähriger Abwesenheit heißen wir unsere heimkehrenden Krieger auf das herzlichste willkommen! Bürger! Tut gleiches und gebt auch eurer Dankbarkeit durch reiche Beflaggung eurer Häuser äußerlich sichtbaren Ausdruck. Nebra, den 25. November 1918.

Der Arbeiterrat.

Dito Schäl.

Der Magistrat.

Pröschold.

Die Steuer-Restanten werden hierdurch angefordert, die rückständigen Steuern binnen 3 Tagen zu zahlen, widrigenfalls unverzüglich zur Pfändung geschrieben wird.

Nebra, den 25. November 1918.

Die Stabsteuereasse,